

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
 vierteljährlich 1 M.; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile über deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
 G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max  
 Gerstmann, Elberfeld v. Thienes, Greiswald G. Mies.  
 Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.  
 Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg u. Frank-  
 furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Die Verhältnisse  
der Lehrer an den nichtstaatlichen  
höheren Schulen.

Trotz der gesetzlichen Feststellung des neuen  
 Normaltarifs für die höheren Schulen sind die  
 Verhältnisse der Lehrer an den nichtstaatlichen An-  
 stalten im Vergleich zu ihren Amtsgenossen an den  
 staatlichen Anstalten in einigen sehr wichtigen  
 Punkten im Nachteil gelassen worden. Für sie  
 hatte ihre ungleiche Mittelstellung zwischen den  
 Staatsbeamten und den städtischen oder Stiftungs-  
 beamten von je her schlimmes im Gefolge. Trat  
 ein Patronat für sie ein, so verlor man sie an  
 den Staat, wandten sie sich an diesen, so hieß es:  
 „Staat, städtische oder Stiftungsbeamte; wir haben  
 nicht für unsere unmittelbaren Beamten zu  
 sorgen. So ist es dahin gekommen, daß gerade  
 den Lehrern in größeren Städten an alten Schulen  
 das Verfallt bleibt, was ihren Amtsgenossen in  
 kleineren Städten an neueren Schulen und in weit  
 jüngeren Anstalten unterrichten, wenn wegen der Armut  
 der betreffenden Gemeinde ihre höhere Schule  
 vom Staat übernommen worden ist. Am  
 schlimmsten äußert sich diese Benachteiligung in  
 der Frage der Versorgung der Hinterbliebenen.  
 Während die Lehrer an den staatlichen Anstalten  
 einer ausreichenden Fürsorge für jene theilhaftig  
 sind, und zwar ohne Einrichtung irgendwelcher  
 Beiträge, ist bis jetzt für die nichtstaatlichen An-  
 stalten von Seiten des Unterrichtsministeriums nur  
 der Entwurf eines betreffenden Statuts ergangen.  
 Wie die Befolgung desselben gefühlte Bestim-  
 mung, wie es der neue Normaltarif ist, so würden  
 auch die städtischen höheren Lehrer ihren Amtsg-  
 enossen an den Staatsanstalten und den übrigen  
 Staatsbeamten in dieser Hinsicht gleichgestellt sein.  
 Leider ist dies nicht der Fall. In Folge dessen  
 werden sich eigentümlicherweise die Lehrer in den  
 ärmeren Städten der vollen Verwirklichung der  
 wohlwollenden Absichten des Unterrichtsministers  
 eher erfreuen, als die in den finanziell besser ge-  
 stellten. Diese Städte erhalten schon jetzt stän-  
 dige Zuschüsse zu den Unterhaltungskosten ihrer  
 höheren Lehranstalten und möchten sie nicht gern  
 verlieren, was ihnen droht, wenn sie der minis-  
 teriellen Aufforderung zur Erreichung von Re-  
 listenlisten oder zu anderweitigen Veranlassungen  
 zur Fürsorge für die Witwen und Waisen ihrer  
 höheren Lehrer nicht bis Ostern 1894 nachgekom-  
 men sind. Ueberdies ist ihnen hierzu aus dem  
 vom Landtage genehmigten Fonds von 300 000  
 Mark die nötige Beihilfe zugesagt. Den andern  
 Stadtgemeinden aber gegenüber, die ihre Unter-  
 haltungsbedürfnisse dem Staat nicht genügend  
 nachzuweisen vermögen und deshalb keine Zu-  
 schüsse erhalten und auf die erwähnte Beihilfe  
 keine Aussicht haben, ist die Staatsbehörde voll-  
 kommen machtlos. Es hängt ganz vom Willen  
 dieser Städte ab, ob sie der Aufforderung des  
 Ministers nachkommen wollen oder nicht, und ob,  
 wenn sie sich dazu entschließen, sie es in vollstän-  
 dig oder mangelhafter Weise tun. Letzteres ist  
 meistens allen nichtstaatlichen Patronaten ermög-  
 licht, nachdem der Unterrichtsminister sich ihnen  
 gegenüber auch schon mit einer andern Ver-  
 wirklichung seines Entwurfs begnügen zu wollen  
 erklärt hat. So verlangen viele Städte noch Be-  
 träge zu der Verwirklichung und sehen im  
 Widerstande von der Einrichtung derselben  
 ganz ab. Am schwersten aber werden die Hinter-  
 bliebenen der zur Zeit des unglücklichen Infrak-  
 tions der Verordnungs-Einrichtung schon pen-  
 sionierten Lehrer getroffen. Sie werden einfach an-  
 geschlagen. Während die staatlichen Lehrer, die  
 zu der Zeit, als das Rekrutengesetz für die un-  
 mittelbaren Staatsdiener erschien, schon pensioniert  
 waren, ebenso wie ihre noch im Amt befindlichen  
 Amtsgenossen der Wohlthat dieses Gesetzes theil-  
 haftig wurden und ebenso wie diese von Beiträgen  
 befreit sind, wurden in vielen Gemeinden die  
 pensionierten Lehrer als für die Rekrutentaxe nicht  
 vorgesehen angesehen, obgleich der erste Satz des  
 ministeriellen Statuts-Entwurfs wörtlich lautet:  
 „Mit der Vereinfachung der Mittel und Absicht  
 der Verhandlungen mit dem Herrn Finanzminister  
 ist für die Schulverwaltung der Zeitpunkt ge-  
 kommen, um nunmehr die Vorbereitungen dahin  
 zu treffen, daß für die Hinterbliebenen der Lehrer  
 und Beamten an sämtlichen nichtstaatlichen  
 höheren Unterrichtsanstalten, einschließlich der  
 bereits mit lebenslänglicher Pension in den Ruhe-  
 stand versetzten, soweit dies nicht schon geschehen,  
 eine solche Versorgung eingerichtet werde, welche  
 der für die Staatsbeamten durch das Gesetz vom  
 20. Mai 1882 geschaffenen Fürsorge gleich oder  
 wenigstens ähnlich und sich annähernd gleichartig  
 zu erachten ist. Dann aber wird in demselben  
 Statuten-Entwurf den Patronaten der nichtstaat-  
 lichen Anstalten aufgegeben, sich einer anderen be-  
 reits bestehenden Rekrutentaxe, etwa der Provinzial-  
 Witwen- und Waisentaxe, anzuschließen; ja so-  
 gar ein Druck zu Gunsten der letzteren wird auf  
 die Gemeinden ausgeübt. In Bezug auf die  
 schon pensionierten Lehrer heißt dies nun nichts  
 anderes, als daß im folgenden Satz wieder zurück-  
 genommen wird, was ihnen im vorübergehenden  
 bewilligt worden ist. War es dem Unterrichts-  
 minister denn nicht bekannt, daß die Provinzial-  
 Rekrutentaxe da, wo es sich um Anstaltsangehörige  
 von Gemeinden oder Korporationen handelt, sich  
 in ihren Statuten ausdrücklich ihre freie Ent-  
 scheidung über die Aufnahme von bereits pen-  
 sionierten Beamten oder Lehrern für jeden einzel-  
 nen Fall vorbehalten haben, d. h. daß sie die-  
 selben nur ganz ausnahmsweise aufnehmen? Daß  
 aber die Vertreter der den Anstalten nachstehenden  
 Patronate bei der Provinzialverwaltung für einen  
 schon pensionierten Lehrer um Aufnahme bitten  
 sollten, ist wohl kaum anzunehmen. Allerdings  
 bezeugen die Erfahrungen dieser schon pensionierten  
 Lehrer noch eine Witwenpension aus der ver-  
 alteten königlichen Witwenversorgungsanstalt zu  
 Berlin; doch wegen der verhältnismäßig hohen  
 Beiträge zur Kaffe dieses Instituts war die über-  
 wiegende Mehrzahl der vor dem Jahre 1893  
 pensionierten Lehrer bei ihrem schmalen Gehalt  
 oder ihrer noch viel schmalen Pension, bei der  
 sie trotzdem denselben Beitrag wie früher aufzu-  
 bringen hatten, außer Stande, ihre Ehefrauen  
 anders als mit der zulässig niedrigen Witwen-  
 rate zu versichern. Diese Witwen sind mit hin-  
 derückenden Noth preisgegeben. In noch  
 höherem Grade gilt das Gesagte von den Hinter-  
 bliebenen der zur Zeit der Errichtung der Rekrut-  
 entaxe schon verstorbenen Lehrer. Es ist dar-  
 über zu wünschen und zu erwarten, daß der Mi-  
 nister auf der völlig gleichen Behandlung der

Relikten städtischer Lehrer mit den staatlichen be-  
 steht und, wenn es erforderlich ist, dem Landtage  
 ein bindendes Gesetz vorlegt. Die wohl sichere  
 Annahme durch die Volksvertretung würde überall  
 gebilligt und willkommen heißen werden.

## Deutschland.

Berlin, 9. Februar. Am 20. Februar findet  
 bekanntlich in Wilhelmshafen das 25jährige Ju-  
 bäum des Panzerschiffs „König Wilhelm“ statt,  
 zu welchem alle Offiziere, die auf dem Schiffe  
 gedient haben, eingeladen sind. Wie die „Nat.-  
 Ztg.“ hört, wird der Kaiser sich zu diesem Ju-  
 bäum nach Wilhelmshafen begeben.

Auf eine dem Kaiser zum Geburtstag  
 überbrachte Glückwunschadresse ist den Vertretern  
 der Kaufmannschaft folgendes Dankschreiben zu-  
 gegangen:

„Bei der diesjährigen Wiederkehr meines  
 Geburtstages haben die Vertreter der Kaufmann-  
 schaft von Berlin mir wiederum treue Glück-  
 wunsche in einer geschmackvoll aus-  
 gestatteten Adresse ausgesprochen und zugleich  
 den Gefühlen des Vertrauens und des Dankes  
 Ausdruck gegeben für meine und meiner Re-  
 gierung unablässige Bemühungen, wie alle  
 Zweige unseres wirtschaftlichen Lebens, so auch  
 Handel und Gewerbe im deutschen Vaterlande  
 in friedlicher Weiterentwicklung zu fördern.  
 Anrecht erhebt durch diese Kundgebung  
 spreche ich den Vertretern der Kaufmannschaft  
 Dank aus. Mögen die Bestrebungen der Kauf-  
 mannschaft, den auch auf dem Berliner Ge-  
 schäftsleben noch lastenden Druck der Zeitver-  
 hältnisse zu überwinden, mit reichem Erfolge  
 gekrönt werden.“

Berlin, den 31. Januar 1894.  
 gez. Wilhelm K.“

Die Behauptung der „Kreuz-Ztg.“, daß  
 der Kaiser nach dem Diner bei Reichsminister  
 auf die Vertheidigung der konservativen Oppo-  
 sition durch Herrn von Kappeler nichts erwidert  
 habe, wird mehrfach für unrichtig erklärt. So  
 berichtet man der „Nat. Volks-Ztg.“:

„Es war eine längere, wohlgeleitete Rede,  
 welche der Reichspräsident Herr v. Kappeler,  
 und zwar mit einem an ihm nicht oft be-  
 obachteten Feuererfolg hielt. Auf den Kaiser machte  
 die Rede einen gewissen Eindruck, wie Augen-  
 zeugen versichern. Der Kaiser ließ sich aber da-  
 durch nicht abhalten, nochmals die große wirt-  
 schaftliche und politische Bedeutung des Vertrages  
 zu betonen und an den Patriotismus der Konser-  
 vativen zu appellieren. Da der Zar es sich zu  
 einem großen Verdienst anrechnete, die Hand zum  
 Abschluß des Handelsvertrages geboten zu haben,  
 konnte die Ablehnung des Vertrages leicht als eine  
 persönliche Beleidigung des Zaren aufgefaßt  
 werden. Von russischer Seite wurde man darauf  
 hinweisen, daß die deutsche Regierung ihren Ein-  
 fluß auf die Konservativen, von welchen sie sonst  
 immer unterstützt wurde, nicht in genügendem  
 Maße ausbeutet habe. Selbst politische Ver-  
 windungen in Folge Ablehnung des Handelsver-  
 trages konnten nicht als ausgeschlossen gelten.“

Dem Vernehmen nach werden Kleinbahn-  
 unternehmungen in verhältnismäßig reichlicher  
 Anzahl in dem Vogt- und Weichsel-Delta, den  
 sogenannten „Großen Werder“, geordnet. Es er-  
 wartet sich diese eintönige Vermehrung der Ver-  
 kehrsmittel in der genannten Gegend vornehmlich  
 aus dem Umstande, daß in derselben eine Anzahl  
 Zuckerfabriken gelegen ist und die zur Lieferung  
 von Zuckerrüben verpflichteten Landwirthe sich den  
 Transport nach der Fabrik erleichtern und ver-  
 billigen wollen.

In Bezug auf die Reorganisation der  
 preussischen Eisenbahnverwaltung verlautet, daß  
 die Entscheidungen in Betreff der neuen Direk-  
 tionen und in Betreff der denselben zu überwie-  
 senden Voten noch ausstehen. Es finden zur Zeit  
 Beratungen mit den Direktionspräsidenten statt,  
 deren Resultat wohl in Kürze zu erwarten sein  
 dürfte. Namentlich soll es sich bei diesen Be-  
 ratungen um Schlesien, Rheinland und Westfalen  
 handeln.

Laut Ausweis des sozialdemokratischen  
 „Vorwärts“ gingen im Januar 1894 bei der  
 „Karteikasse“ 38 153 Mark 67 Pfennig ein,  
 darunter ein Posten „Nordische Waisenkasse“  
 20 000 Mark. Man sieht, die kapitalistischen  
 Feinde unserer staatlichen Existenz lassen es sich  
 etwas kosten.

Verwunderung mußte es erregen, daß die  
 „Frankfurter Zeitung“ als einziges Blatt in der  
 Lage war, gleichzeitig mit dem „Reichsanzeiger“  
 am Abend des Donnerstags den Tarif zu dem  
 deutsch-russischen Handelsvertrag zu veröffentlichen.  
 Man konnte unmöglich annehmen, daß der Tarif  
 der „Frankfurter Zeitung“ aus Regierungskreisen  
 zugeflossen war. Es ist dies denn auch nicht ge-  
 schehen, was zur Gewissung aus dem Umstande  
 hervorhebt, daß der von der „Frankfurter Zeitung“  
 veröffentlichte Tarif mit dem des „Reichsanzeigers“  
 gänzlich übereinstimmt. Ein Beispiel von vielen  
 möge zum Beweise hierfür dienen. Im Tarif des  
 „Reichsanzeigers“ befindet sich in der Position  
 55 „Wein“ zu 3 die Bestimmung, daß „Trans-  
 missionsriemen für Maschinen, nicht genäht,  
 lederner Pickers für Webstühle, kleine runde Trans-  
 missionsriemen“ dem Zollfuß von 6 Rubeln Gold  
 per Pud unterworfen sein sollen. Der Tarif der  
 „Frankfurter Zeitung“ enthält hiervon zu der  
 Position 55,3 nichts. Dagegen führt er unter Po-  
 sition 57 „Webstuhlfabrikate“, zu 6, wo sich auch bis  
 jetzt die Streitigkeiten befinden, an, daß „Maschinen-  
 treibriemen, ungenäht“ dem erwähnten Satz von  
 6 Rubeln unterliegen. Wie erklärt sich diese Ver-  
 schiedenheit? Einigen wirtschaftlichen Verein-  
 gungen und Handelskammern wurden zur Infor-  
 mation ihrer Mitglieder mit der Bitte um freige-  
 bende Disposition schon wenige Wochen vor der Veröffent-  
 lichung des Tarifs durch den „Reichsanzeiger“  
 die bis dahin mit den russischen Unterhändlern  
 getroffenen Vereinbarungen mitgeteilt. Diese  
 Mitteilungen blieben die von der „Frankfurter  
 Zeitung“ gebrachte Fassung enthalten haben. Daß  
 die letztere noch in späteren Verhandlungen Ab-  
 änderungen unterzogen werden konnte, daran  
 hatten die „Frankfurter Zeitung“ und diejenige  
 Stelle, von welcher sie den Tarif erhalten, nicht  
 gedacht. So ist es denn gekommen, daß die  
 „Frankfurter Zeitung“ zwar allein von sämt-  
 lichen Blättern Deutschlands den Tarif zum  
 russischen Handelsvertrag gleichzeitig mit dem  
 „Reichsanzeiger“ hat veröffentlichen können, daß  
 sie allein aber auch von allen Zeitungen ihren  
 Lesern einen falschen Tarif unterbreitet hat.

Der Herr Finanzminister hat in der  
 gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses von der  
 Verringerung der Grundförmigkeit Mitteilung gemacht,  
 welche in Zukunft für die Bemessung der Be-  
 träge der Interessenten bei der Ausführung von  
 Verkehrsanlagen seitens des Staates gelten sollen  
 und dabei angedeutet, daß voraussichtlich dem  
 Landtage noch Gelegenheit gegeben werden würde,  
 in der laufenden Session an der Hand einer  
 neuen Kanalvorlage in eine Prüfung dieser  
 Grundförmigkeit einzutreten. Soweit ersichtlich, handelt  
 es sich dabei um die Fortsetzung des Ems-  
 Dortmund-Kanals nach dem Rheine und zwar  
 soll diese Verbindung, sofern die Interessenten mit  
 dieser Voraussetzung, die von ihnen zu fordernden  
 Beiträge zu leisten, einverstanden sind, durch zwei  
 Linien erfolgen, eine Kanalrinne, welche von  
 Dortmund bis in die Nähe von Ruhrort geht,  
 und die Kanalrinne der Lippe mit der Aus-  
 mündung bei Wesel. Durch diese Gabelung wird  
 bezweckt, der Gesamtheit des rheinisch-westfälischen  
 Bergreviers den Vortheil der direkten Wasser-  
 verbindung mit dem Rheine gleichmäßig zu er-  
 öffnen und so eine Begünstigung eines Theiles  
 desselben zu Gunsten des anderen zu vermeiden.

Die Abg. v. Schöning und Gen. haben  
 den Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Reichs-  
 fänger zu erfassen, dahin zu wirken, daß den-  
 jenigen Offizieren, Sanitätsoffizieren, Beamten  
 und Mannschaften des Reichsheeres und der  
 kaiserlichen Marine, welche in Folge einer im  
 Kriege 1870-71 erlittenen Verwundung oder  
 sonstigen Dienstbeschädigung behindert waren, an  
 den weiteren Unternehmungen des Feldzuges Theil  
 zu nehmen, und dadurch der Ausrechnung eines  
 zweiten Kriegsjahres bei der Pensionierung verlustig  
 gegangen sind, der betreffende Pensionsausfall er-  
 stattet werde.“

Der amtliche Bericht des Kanzlers Reiff,  
 der vom 1. Januar datirt war, hatte behauptet,  
 die Ruhe in Kamerun sei wieder hergestellt.  
 Dem entgegen wird dem „B. Z.“ aus Kamerun  
 vom 4. Januar geschrieben, daß von Herstellung  
 der Ruhe noch nicht die Rede sein könne. Ge-  
 rüht wurden nämlich bisher nur 25 Rebellen,  
 nämlich am 29. Dezember zwei, am 31. Dezem-  
 ber acht, am 1. Januar 1894 vier, am 2. acht,  
 am 3. drei Rebellen. Die anderen Dahomeer  
 liegen noch im Busch und können die Kolonie  
 immer noch bedrohen. Nach der Ansicht des  
 Berichters ist die Kolonie durch den Soldaten-  
 anstand am viele Jahre in ihrer Entwicklung  
 zurückgebracht worden.

Bei der internationalen Sanitätskonferenz  
 in Paris sind die einzelnen Staaten in folgender  
 Weise vertreten:

Deutschland: Vizepräsident von Schoen und  
 Dr. Nordmann, der Vertreter Deutschlands im  
 Konstantinopeler Sanitätsrat. Frankreich: Der  
 Gesandte in München, Barère, und der Direktor  
 der Konstantinopeler Sanitätsrat, Dr. Fournier.  
 Österreich: Der Gesandte in Madrid, Turhan  
 Bey, das Mitglied des Konstantinopeler Sanitäts-  
 rates, Hürri Pascha, der Chemiker des kaiser-  
 lichen Palais Bonoussi Pascha und Dr. Haimb  
 Bey. Egypten: Generalgouverneur des Suez-  
 kanals Admet Pascha Schuch, der Präsident des  
 Sanitätsrates in Alexandria, Mervelle, und der  
 Subdirektor des Sanitätsdienstes in Kairo, Seli  
 Pascha. Persien: Die Doktoren Moineol Atteba  
 und Mirza Khatil Khan. Vereinigte Staaten  
 von Nordamerika: Dr. Edward Saleppear,  
 Stepton Smith und Preston Willbache. Griechen-  
 land: Der Pariser Geschäftsträger Krieffs und  
 der griechische Vertreter im Konstantinopeler  
 Sanitätsrat, Rafiadis. Portugal: Navarro,  
 Gesandter in Paris. Schweden und Norwegen:  
 Due, Gesandter in Paris. Niederlande: Der  
 Gesandte in Paris, v. Stuers, und der Sanitäts-  
 rat im Ministerium des Innern, Dr. Ruyssch.  
 Dänemark: Graf Moltke-Heitfeld, Gesandter in  
 Paris.

Kiel, 7. Februar. Die von dem Ober-  
 kommando der Marine in der letzten Nummer  
 des „Marine-Verordnungsblatt“ gegebenen Mit-  
 theilungen über die Schiffsbewegungen sind von  
 großer Theilnahme und durch Drahtmeldungen  
 überhört. Die größten Veränderungen sind ent-  
 weder schon eingetreten oder stehen bevor an den  
 amerikanischen Stationen. Von den in West-  
 indien stationierten Schulschiffen hat die „Vire“,  
 Kommandant Kapitän J. C. Kiebel, am 5.  
 d. Wts. von den Bermudas aus bereits die  
 Heimreise angetreten, sie geht direkt nach Plymouth,  
 morgen tritt das Schulschiff „Erich“, Kommandant  
 Kapitän J. C. Kiebel, von Havana aus die  
 Reise über den Atlantik nach den Azoren an; das  
 Schulschiff „Stein“, Kommandant Kapitän J. C.  
 v. Wietersheim, ist am 5. d. Wts. von La  
 Guayra nach St. Thomas gegangen, um von  
 dort die Heimreise über Fajal, Vissabon und  
 Plymouth anzutreten. Noch niemals seit der  
 Begründung des Reiches ist die ostamerikanische  
 Station so stark mit deutschen Kriegsschiffen be-  
 setzt gewesen, als in dem abgelaufenen Theile  
 dieses Winters; auch wenn sämtliche Schul-  
 schiffe die Station verlassen haben, bleiben die  
 beiden Kreuzer „Arcona“, Kommandant Kapitän  
 J. C. Hofmeister, und „Alexandrine“, Kommandant  
 Korvetten-Kapitän Schmidt, auf der Station  
 zurück; beide Schiffe lagen seit September vor  
 Rio, „Arcona“ befindet sich angeblich auf einer  
 Erholungsfahrt nach Buenos-Ayres. Jetzt hat  
 auch der auf der westamerikanischen Station  
 befindliche Kreuzer 3. Klasse „Marie“, Kommandant  
 Korvetten-Kapitän Febr. v. Wynder, Befehl er-  
 halten, sich mit den ebenangehenden beiden Kreuzern  
 in den brasilianischen Gewässern zu vereinigen.  
 Damit ist der Verband des Kreuzergeschwaders  
 wieder hergestellt, das, sofern nicht ein eigener  
 Geschwaderchef ernannt wird, unter dem Befehl  
 des ältesten Schiffskommandanten Kapitän J. C.  
 Hofmeister steht. Von der ostasiatischen Station  
 ist nichts Neues zu berichten. Von der australischen  
 Station erzählt man, daß der frühere Kommandant  
 des Kreuzers „Ruffard“, Kommandant Korvetten-  
 Kapitän Fichtenhöfer, abgelöst worden ist, weil

dieser hochangesehene Offizier sich im Dienste eine  
 schwere Verwundung zugezogen hat. Der Kreuzer  
 „Falk“, Kommandant Korvetten-Kapitän Graf  
 v. Moltke, ist noch nicht in Australien einge-  
 troffen, er ist seit dem 23. Dezember v. Js. von  
 Kapstadt unterwegs. Von den ostafrikanischen  
 Stationen liegt Bemerkenswertes nicht vor.  
 Das im Mittelmeer befindliche Schulschiff  
 „Moltke“, Kommandant Kapitän J. C. Koch,  
 tritt im nächsten Monat die Heimreise an, bis  
 dahin bleibt es bei Korfu stationiert, dann geht es  
 über Neapel und Vissabon nach Kiel zurück.

Münster, 8. Februar. Geheimrath Dr.  
 Josten, Direktor der westfälischen Provinzialange-  
 lehn, ist heute gestorben.

Dresden, 8. Februar. Das Befinden König  
 Alberts hat sich so wesentlich gebessert, daß der  
 telegraphisch herbeigerufene Prof. Schmidt bereits  
 diesen Abend nach Leipzig zurückkehren konnte.  
 Ueberhaupt hat die Krankheit keinen gefährlichen  
 Charakter, doch wird der König noch 14 Tage das  
 Bett hüten müssen. Die Blasenblutung trat  
 gestern Abend auf, während der Monarch dem  
 Aschermitzschkonzert im Opernhaus beiwohnte;  
 er verließ deshalb vorzeitig das Theater.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Februar. In der Wiener Handels-  
 kammer stellten mehrere Mitglieder den Antrag,  
 Vorberathungen zu treffen, um zum Jubiläum  
 der fünfzigjährigen Regierung des Kaisers Franz  
 Josef 1898 ein großes dem allgemeinen Wohle  
 förderliches Unternehmen zu schaffen als Dank  
 für die vaterländische Volkswirtschaft dem ange-  
 liehen Monarchen schuldig. Es besteht der Plan,  
 einen monumentalen Industriepalast zu erbauen  
 und darin 1898 eine allgemeine österreichische Ju-  
 bilmäusausstellung zu veranstalten.

Wien, 8. Februar. Der Witwe Billroths  
 konfiszirte telegraphisch der deutsche Kaiser durch  
 Graf Eulenburg, die Großherzogin von Baden,  
 sowie der Herzog Karl Theodor in Bayern.

Leipzig, 8. Februar. Die Handelskammer  
 wählte den Bürgermeister Wilmhoelzel zum Mit-  
 gliede des Reichsraths.

Brünn, 8. Februar. Der Landtag nahm  
 einen Antrag an, die Regierung abermals aufzu-  
 fordern, die Prüfung des Projektes des Donau-  
 Oberkanals mit thunlichster Beschleunigung durch-  
 zuführen und dem Reichsrathe baldigst einen Ge-  
/>



Unterhandlungen über die Verdringung der Grenze des Kameruner Hinterlandes eine Verdringung über alle streitigen Hauptpunkte. Während Deutschland Frankreichs Rechte über Gaba und gewisse andere Teile des südlichen Kameruns anerkennt, wurde das ganze übrige von Nigam erforderte Land, sowie die gegenwärtig von der Scharte von den französischen Vertretern angefochten.

Die Londoner Morgenblätter besprechen die Tragweite des Abchlusses des russisch-deutschen Handelsvertrages und betrachten dieses Ereignis als eine weitere Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens und als ernste Schritte für Frankreich. Der „Standard“ sagt, der deutsche Kaiser habe niemals etwas Größeres zur Förderung des Weltfriedens vollbracht als durch seine kräftige Befürwortung des Vertrages.

#### Afrika.

**Tanger, 3. Februar.** Marschall Martinez Campos ist am 31. v. M. vom Sultan empfangen worden. Am Tage zuvor hatte er eine Audienz bei dem Minister Sidi-el-Garnet. Der Empfang bei dem Sultan fand im Haupthof des Palastes, dem sogenannten Hof der Audienzen, statt. Der Marschall und sein Gefolge kamen der Sitte gemäß zu Fuß an, während der Sultan zu Pferde erwartet. Bezeichnend für die Audienz war, daß der Sultan persönlich die Ansprache des Marschalls beantwortete. Es ist das erste Mal seit Jahrhunderten, daß ein Sultan von Marokko öffentlich eine Rede gehalten hat. Er bemerkte, daß die Angelegenheiten Marokkos sich in Folge seiner Abwesenheit und des Verschwindens mehrerer aus Tanger zu Mohammed-el-Torres, dem Minister des Auswärtigen, entsandten Boten verwickelt hätten. Die Marokkaner hätten Schuld an der Störung des guten Einverständnisses zwischen Spanien und Marokko und sollten auf schärfste bestraft werden. Der Sultan erkannte an, daß Spanien mit der Wäfigung und Verdringung der Grenze, die einer mächtigen Nation gezieme, und versprach, ein befriedigendes Abkommen mit dem Nachbarstaate zu treffen. Marschall Campos sollte am 3. v. M. eine Privataudienz beim Sultan haben. Weitere Nachrichten über die spanische Gefandtschaft werden erst am 7. oder 8. in Tanger eintreffen können. Die Gründe, welche die Mitglieder der Gefandtschaft bis jetzt erhalten haben, sind günstig und diese sprechen namentlich für eine hohe Anerkennung dafür aus, daß die anderen Mächte Spanien in seinen Forderungen unterstützt haben.

#### Amerika.

Die „Words“ vom 6. d. M. veröffentlicht die folgende, von Rio de Janeiro eingetroffene Meldung: „Marschall Pezoto hat Dr. Thompson, den Gesandten der Vereinigten Staaten, benachrichtigt, daß er ihn am nächsten Mittwoch empfangen wird. Der Präsident hat seit dem Ausbruch der Revolution noch keinen Diplomaten empfangen. Wenn er jetzt den Vereinigten Staaten-Gesandten empfängt, so geschieht dies nur in Anerkennung der von diesem beobachteten Neutralität.“ Dafür meldet ein „Sera“ Bericht, daß Admiral da Gama die Vertreter Deutschlands, Italiens, Großbritanniens und Frankreichs empfängt, ihn als kriegsführende Mächte anzuerkennen.

Wie der „Ag. Stefani“ aus Rio de Janeiro als verbürgt mitgeteilt wird, soll die italienische Regierung nicht geneigt sein, die Aufständischen als kriegsführende Mächte anzuerkennen.

**Washington, 6. Februar.** Die Debatte über die Angelegenheit Hawaii wurde heute im Repräsentantenhaus beendet. Ein Amendement, das die Einverleibung der Insel in die Vereinigten Staaten beantragte, fand keinen Anklang.

#### Stettiner Nachrichten.

**Stettin, 9. Februar.** Es wird uns von sozialdemokratischer Seite bestätigt, daß es sich in Uebereinstimmung mit der Amelungschen Erklärung bei den im Jahre 1887 zwischen dem Freisinn und der Sozialdemokratie geführten Verhandlungen nicht um eine Summe von 1000 Mark, sondern von 2000 Mark gehandelt hat, und daß nicht tausend, sondern zweitausend Mark in der That auch wirklich gezahlt sind! Letztere Thatsache geht übrigens auch aus Auslassungen des bismarckschen Sozialdemokraten, Herrn Berger, hervor, welche dieser, wie wir leider erst nachträglich erfahren haben, auf der letzten Bürgerversammlung noch vor seiner Rede zu den ihm umliegenden gemacht hat. Herr Berger äußerte sich schon dort in einiger Erregung: „Herr Hüttinger will nur wenig, es seien nicht tausend, sondern zweitausend Mark gezahlt! Wir werden abwarten, ob der „Volksbote“ oder in seinem Geolge die „Mittelzeitung“ auch diesen Herrn Berger als Kronzeugen brandmarken wird!“

Es wird uns ferner mitgeteilt, daß einige Frauen ausgewiesener Arbeiter sich ferner schon vor der Stichwahl beschwert haben: sie hätten noch kein Geld bekommen, während doch die Frauen anderer Ausgewiesener schon Geld erhalten hätten! Es bleibt daher nur die Annahme übrig, daß wenigstens ein Teil des Geldes schon vor der Stichwahl ausgezahlt ist!

Die Streikführer auf die „Menschliche“ und die „Christliche Bruderschaft“, die bei dem gänzlichen Gehaltsverluste werden immer besser und besser!

Die Provinzial-Verammlung des Allgemeinen deutschen Jagdschützen-Vereins (Abth. Provinz Pommern) findet am 16. Februar, Nachmittags 3 Uhr, im Hotel „Zur goldenen Traube“ in Anklam statt, in welchem Herr Graf v. Schwerin-Krug, Vizepräsident, über seine Erfolge auf der Schwabjagd in Norwegen 1893 berichten wird, außerdem steht ein Antrag des Kammerherrn von Voß-Wolffradt auf Abänderung der Strafbestimmungen auf den Jagdeinladungsarten zur Beratung. Im Weiteren wird die Prüfung der eingegangenen Jagdlisten und die Prämierung des besten Raubzeugverwalters vorgenommen.

Aus dem 2. Geschäftsbericht der Geschäftsstelle für die Invaliditäts- und Altersversicherung der Provinz Pommern mit, daß 1892 281 Arbeiter für ausgewiesene Mannschaften Beiträge zahlten, und für 34 Dampfische und 377 Segelschiffe, überhaupt für 471 Schiffe Beiträge eingingen. Ein Rückgang in der Zahl der Segelschiffe ist für die Bezirke aller Versicherungsanstalten eingetreten, besonders stark aber für diejenigen Anstalten, deren Bezirk an der Küste gelegen ist; von mittelständigen Schiffen ist ein verhältnismäßig großer Teil in das Ausland verkauft worden. Geht man in den Beiträgen aus Pommern im Ganzen 22 707,32 Mark. Die Verdrückungen, daß die Verwaltungskosten sich sehr hoch herausstellen würden, haben sich nicht verwirklicht. Als die Verdrückungsanstalten sind an Beiträgen abgeführt 366 616,98 Mark, davon aus Pommern 21 806,83 Mark. — Die gesammte Rechnungsbücher balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 398 121,59 Mark.

Vor der dritten Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatten sich heute der Arbeiter Albert Trettin und der Bäckergehilfe Franz Herrickel wegen Diebstahls, die Witwe Bertha Trettin wegen Hehlerei zu verantworten. Der bereits zweimal wegen Diebstahls verurteilte Trettin, hatte im vorigen Jahre bei der in Grünhof wohnhaften Witwe T. eine Schlafstelle inne und überredete er den Mitangeklagten Trettin, bei einem Diebstahl Hilfe zu leisten. In der Nacht vom 17. Dezember wurde derselbe bei dem Kaufmann Steinmann in der Taubenstraße angefaßt und muß der Plan dazu sorgfältig vorbereitet worden sein, denn es ging dabei alles durchaus nach Wunsch von statten. Zunächst schnitten die Diebe eine in der Kellerthür befindliche Glascheibe aus, worauf H. durch die Öffnung hineinkam und mit dem innen stehenden Schlüssel aufschloß. Die vom Keller nach dem Boden führende Thür soll nach Angabe der Angeklagten offen gewesen sein, der Bestohlene ist allerdings gegenwärtig nicht, besonders da die Thür Spuren vom Ansat eines Stemmmeißels aufwies. Im Laden wurde die Kasse, sowie ein Kist erbrochen und eigneten sich die Einbrecher für 9 Mark Postwertzeichen, 3—4 Mark bares Geld, 6 Flaschen Rum und Cognac, 2 Flaschen Glühwein, etwa 25 Pfund Wurst, Tabak, Zigarren, Chokolade und Apfelsinen an. Der Werth dieser Sachen belief sich auf ungefähr 91 Mark. Die in der T.schen Wohnung vorgenommene Hausdurchsuchung förderte einen erheblichen Theil des gestohlenen Gutes wieder zu Tage, einiges war von den beiden Angeklagten schon verzehrt worden und auch die Witwe T. hatte von H. eine Wurst erhalten, die sie sofort an einen Verwandten verschickte. Als sie später von den mit der Untersuchung betrauten Beamten hierüber befragt wurde, verweigerte sie sich in unösbarer Widersprüche, trotzdem behauptete sie auch heute, sie wisse nichts von dem Diebstahl, die Wurst habe sie auf dem Markt gekauft. Die anderen beiden Angeklagten waren geständig und erkannte das Gericht gegen T. auf 1 Jahr Gefängnis, gegen H. auf 2½ Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Die Witwe T. wurde der einfachen Hehlerei schuldig befunden und zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt.

Vermiethet wird seit dem 7. d. M. die 79jährige Witwe Pauline Stoffer, geborene Koppe, bisher Bogislavstraße 1—2 wohnhaft.

Vorgestern Nachmittag zwischen 6 und 7 Uhr wurde aus dem Keller des Bierverlegers Fleißing, Kleine Denstraße 18, ein Tau im Werthe von 10 Mark gestohlen.

Verhaftet wurde in letzter Nacht der domizilllose Arbeiter Reumann, da derselbe verdrückte, einen in der Zabelsdorferstraße wohnhaften Handelsmann, mit dem er verschiedene Male befreundet war, die Uhr aus der Tasche zu stehlen. Der Handelsmann wollte sich, als beide an der Post vorbeikamen, in einer der Thürhülsen anziehen, und H. mag wohl geglaubt haben, der Arbeiter werde sich einschließen. Derselbe schloß jedoch die Thür und rief um Hilfe, worauf eine Schutzmannspatrouille den Dieb festnahm.

Gegenwärtig wird ein Projekt eifrig bearbeitet, nach welchem die Umgebung des Glambach-See zu einem größeren Vergnügungsorte hergerichtet und einschließlich der Anlegung des Sees an einen Restaurant verpackt werden soll. Es schweben mit mehreren Restaurateuren Verhandlungen wegen der event. Uebernahme, sollten dieselben zum Abschluß gelangen, so würde der Bau der Lokaltatien sofort in Angriff genommen werden. Die Unternehmer hoffen auch eine direkte Verbindung mit Stettin durch Pferdebahn oder elektrische Bahn zu ermöglichen.

Im Allgemeinen verdrückt die Ansicht, daß man sich Reklühner sehr leicht „überessen“ kann und daß dieselben bei fortgesetztem Genuß schließlich widerstehen. Darauf basirte eine Wette, welche in einem hiesigen größeren Restaurant bei der letzten Reklühn-Saison zwischen drei Gästen, hiesigen Schächtermeistern, abgeschlossen wurde, nach welcher einer derselben, nennen wir ihn H., sich verpflichtete, während eines Monats täglich ein Reklühn, am 15. und Schluß des Monats sogar zwei zu verzehren. Die Gegner dagegen wetteten, daß dies nicht möglich sei und verpflichteten sich, event. die betreffenden Reklühner und außerdem ein größeres Quantum Bier zu bezahlen. Die Wette kam zum Austrag, allabendlich fanden sich die Theilnehmer in dem Restaurant ein, und H. verzehrte täglich nicht nur sein Reklühn, sondern ließ sich außerdem auch stets einen anderen Gang der reichhaltigen Speisekarte trefflich mundeten. Mit einer gewissen Unruhe bemerkten seine Gegner, daß er täglich einen größeren Geschmack an seinem Reklühn zu finden schien und thatsächlich bemerkte er auch, daß der Monat so schnell vergangen war, der ihm täglich den Genuß der Delikatessen brachte. Dieser Tage gatte die Sache ein gerichtliches Nachspiel, denn nach dem Austrag der Wette wetteten sich die Gegner, den bezugenen Preis zu zahlen, und es wurde — wohl mehr um das Prinzip zu wahren — zur gerichtlichen Klage geschritten; doch kam es zu einem gütlichen Ausgleich, ohne daß der Richter nothig hatte, in dieser „wichtigen Rechtsfrage“ ein Urtheil zu fällen. Eine ähnliche Wette kam übrigens schon vor zwei Jahren in Stargard zum Austrag, dort hatte sich ein Zahlmeister verpflichtet, während eines Monats täglich zwei Reklühner zu verzehren, und er vollbrachte diese Leistung auch, obwohl sie ihm in den letzten Tagen recht schwer fiel.

#### Konzert.

Das unter Mitwirkung der Damen Fräulein Triebel und Fräulein Holldorf, sowie des Herrn Kromer vom hiesigen Stadttheater und des Schützischen Musikvereins gestern Abend im großen Saale des Konzerthauses von der Stadttheater-Kapelle zum Besten ihres Pensionsfonds veranstaltete Konzert hatte eine recht erfreuliche Theilnahme gefunden. Den orchestralen Theil des fast überreichen Programms bildeten Kompositionen von Massenet, Delibes, Rubinstein und Chopin, die von der auf 50 Mann verstärkten Kapelle unter der ebenso energischen als sicheren Leitung des Herrn Seibel eine sehr ansprechende Wiedergabe erfuhren und in ihrer charakteristischen Gestaltung in ein so vortheilhaftes Licht gestellt wurden, daß die Zuhörer sich zu stürmischen Beifallsbezeugungen veranlaßt wurde. So zündete namentlich das „Pizzicato“ a. d. Ballet „Sylvia“ in seiner dinstigen Ausführung und auch Rubinstein's „Toreador et Andalouse“, das trotz der kleinen Besetzung übermäßig dominirenden Violoncellen sehr gefiel; auch die von Herrn A. Seibel für Dreyer trefflich arrangirte Chopin'sche A-dur-Polonaise prädestinirte sich in vortheilhaftester Weise. Unter den gefanglichen Darbietungen fanden und verdienten in erster Linie die Vorträge von Fräulein Triebel allseitige Würdigung. Die geschätzte Sängerin erlangt mit der schon angeführten Arie der Agathe a. d. Oper „Der Freischütz“ und dem Vogellied a. d. „Vogelfang“ so stürmischen Applaus und Hervorruf, daß sie sich zu einem da capo entschließen mußte. Nicht weniger erwies sich auch die Arie des Agamemnon a. d. Oper „Sphigie“ auf Ausis“, vorgetragen von Herrn

Kromer, und die Beethovensche Scene und Arie „Ah, perido“, gelungen von Fräulein Holldorf, während die von letzterer zu Gehör gebrachten Lieder „Die Quelle“ (Goldmark) und „Widmung“ (Schumann), wie auch die von Herrn Kromer später noch wiedergegebenen Kompositionen „Spätherbstabend“ (Königard) und „Wenn Du kein Spielmann wärst“ (Hofmann) weniger begeisterten. Der Schütz'sche Musikverein spendete außer dem imposanten Orchesterchor „O Isis und Osiris“ noch einen Chor von Engelberg, ein „Böhmisches Volkslied“ und das humorvolle „Korzen'sche Lied“, „Noch und Liebeswerke“. Leider wurden die Zuhörer, welche in dem hinteren Theil des Saales Platz gefunden hatten, durch die aus dem nebenan liegenden Saal herüberklingende, bei den Pianofortspielen der gut vorgetragenen Männerchöre fortwährend gestört. Wir haben ähnliche Störungen bereits bei einem früheren Konzert wahrgenommen, und erscheint es als dringend wünschenswerth, daß seitens der Direktion des Konzerthauses dafür Sorge getragen werde, daß die Besucher der Konzerte im großen Saal auf solche Weise in ihrem musikalischen Genuß fernerhin nicht beeinträchtigt werden. Den Abschluß des sehr ansprechenden Konzerts bildete eine neue Ländchen von Albert Förster: „Am Kaiserhofe. Fackelzug“, die in ihrer interessanten Natur und mannigfaltigen Klangschönheit einen recht günstigen Eindruck hinterließ.

#### Aus den Provinzen.

**Stargard, 8. Februar.** Wie der „Starg. Ztg.“ mitgeteilt wird, stürzte in Cassenburg der Giebel eines Hauses ein und begrub fast die ganze Blücher'sche Familie unter den Trümmern. Der Arbeiter Ferdinand Blücher kam mit leichten Verletzungen davon, während seine Tochter Ida an den Verletzungen starb.

**Züssow, 7. Februar.** Auf dem Gute Damsbeck ereignete sich gestern ein sehr beklagenswerther Unglücksfall. Auf der Dorfstraße daselbst spielten eine Anzahl Kinder, während ein Knabe, der nicht an dem Spiele theilnahm, in unmittelbarer Nähe mit Holzhacken beschäftigt war. Beim Umlaufspringen kam der dreizehnjährige Sohn des Gärtners Waack daselbst zu Falle, wobei er mit der rechten Hand auf dem Holzhacke aufschlug. Unglückslicherweise fuhr in demselben Augenblick das Peil des dort arbeitenden Knaben nieder und hieb dem kleinen Waack die drei ersten Finger der rechten Hand ab.

**Demmin, 8. Februar.** Ueber das Vermögen des Kaufmanns Gustav Knack hierseits ist das Konkursverfahren eröffnet. Zum Verwalter der Masse ist der Kaufmann Westphal ernannt. Anmeldefrist: 24. März.

**X Stolz, 9. Februar.** In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde der zweite Bürgermeister, Herr Falleske aus Schwilbein, durch den Bürgermeister Matthes in sein neues Amt eingeführt.

#### Vermischte Nachrichten.

**Berlin, 8. Februar.** Eine 72jährige Frau wurde im vorigen Jahre wegen Majestätsbeleidigung zu einem Monate Gefängnis verurtheilt, weil sie über die Kaiserin eine boshafte Verleumdung gemacht hatte. Der Verteidiger Rechtsanwält Dr. Wenzel legte ohne Erfolg Revision ein. Es blieb nur noch die letzte Instanz übrig, um die alte Frau vor dem Gefängnis zu bewahren: die Gnade des Kaisers. Der Verteidiger erhielt auch hier einen ablehnenden Bescheid. Nun wandte derselbe sich an die Kaiserin mit der Bitte, ein erbetenes Begnadigungsgesuch bei dem Kaiser zu beibringen. Bevor ein Bescheid hierauf einging, mußte die Frau ihre Strafe antreten. Vor einigen Tagen meldete sie sich freudestrahelnd bei ihrem Verteidiger, um ihm mitzutheilen, daß sie nach dreitägiger Haft begnadigt worden sei.

**Zgall, 8. Februar.** In dem benachbarten Orte Josen haben fünf Personen an Trichiniosen, außerdem sind zahlreiche Personen von derselben Krankheit ergriffen, darunter mehrere sehr schwer.

Der „Voss. Ztg.“ wird aus Yokohama mitgeteilt, daß dort für den Kaiser von Japan ein prächtiges, viel bewundertes Pferd als Geschenk des deutschen Kaisers eingetroffen ist.

(Etwas für Marfammiller.) Am 17. November 1843 wurde der Hafen von Shanghai für den auswärtigen Handel eröffnet und diese wichtige Maßregel wurde später durch die im Jahre 1858 in Peking abgeschlossenen und im Jahre 1860 in Peking ratifizierten Verträge bestätigt. Gelegentlich der fünfzigjährigen (17. November 1893) der Freigabe des Hafens hat nun die Stadtverwaltung von Shanghai eine Jubiläumsgedächtnisfeier von ungefähr 4 Zentimeter bis herabgegeben, die außer den Jahreszahlen 1843 bis 1893 das Jubiläum des Marfams aufweist; er steht auf dem Glaskase und ist mit dem bekannten Stabe (Mercuriusstab) versehen. Etliche Marfammiller bekleiden sich so sehr, die Jubiläumsmärkte anzufangen, daß die ganze Emission schon einige Stunden nach ihrem Erscheinen in der Öffentlichkeit vollständig vergriffen war. Die Marke, die zwei Pence kostete, wird jetzt mit einem Dollar bezahlt und dabei muß man sich mit dem Einkauf noch sehr beeilen, denn in kurzer Zeit wird die Marke selbst für diesen hohen Preis nicht mehr zu haben sein.

Der britische Minister des Auswärtigen, Earl Rosebery, ist u. A. auch einer der größten Wüthhändler Londons. Er betreibt jedoch das Geschäft nicht wie Lord Raglan unter eigenem, sondern unter fremdem Namen. Er hat es so einträglich geübt, daß er es fortwährend zu vergrößern beabsichtigt ist. Seine Agenten haben deshalb den Auftrag, jede Wolkerei, die zu haben ist, anzufaufen, wenn der Preis einigermaßen angemessen ist. Lord Rosebery ist aber mit bescheidenem Geschickssinne zufrieden. Er nimmt für sich selbst nur zehn Prozent für sein angelegtes Kapital in Anspruch. Was mehr vereinbart wird, erhalten die Leiter seiner Wolkereien.

#### Börsen-Berichte.

**Stettin, 9. Februar.** Wetter: Bewölkt. Temperatur + 5 Grad Reaumur. Barometer 760 Millimeter. Wind: West. Weizen behauptet, per 1000 Kilogramm loco 133,00—139,00, per April-Mai 142,00 B., 141,50 C., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —. Roggen behauptet, per 1000 Kilogramm loco 115,00—118,50, per April-Mai 123,50 B. u. C., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —. Gerste pro 1000 Kilogramm loco 140,00 bis 160,00. Hafer per 1000 Kilogramm loco 140,00 bis 146,00, feinstes über Notiz. Kübbel matt, per 100 Kilogramm loco ohne Saß bei Kleingeldern 45,00 B., per Februar 45,25 B., per April-Mai 45,50 B., per September-Oktober 46,00 B., per Oktober —. Spiritus still, per 100 Liter a 100 Prozent loco 70er 31,1 bez., per Februar 70er 30,8 nom., per April-Mai 70er 32,2 nom.,

Mai-Juni 70er —, per August-September —, per September-Oktober 34,2 nom. Petroleum ohne Saß. Ungeliefert: Nichts. Regulirungspreise: Weizen —, Roggen —, 70er Spiritus 30,8.

— d. Rohhefen. Mixed numbers warrants 43 Sh. 3/4 d. London, 7. Februar. An der Kiste 3 Weizenlabungen angeboten. — Wetter: Fetter. London, 8. Februar. 96prozent. Java-zucker loco 15,25, stetig. Rübenzucker loco 13,12, ruhig. Centrifugal. Cuba —. London, 8. Februar. Chili-Kupfer 41,12, per drei Monat 41 1/2. Glasgow, 8. Februar, Nachmittags. Roh-eisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 43 Sh. 5 1/2 d. Newyork, 8. Februar. (Anfangskourse.) Petroleum. Pipe line certificates per Januar —. Weizen per Mai 67,00.

#### Banfwesen.

Paris, 8. Februar. Bankausweis. Baarvorrath in Gold Franks 1 706 739 000, Zunahme 4 876 000. Baarvorrath in Silber Franks 1 261 273 000, Zunahme 45 000. Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialen Franks 742 429 000, Abnahme 66 339 000. Notenumlauf Franks 3 541 118 000, Abnahme 66 932 000. Laufende Rechnung d. Priv. Franks 385 000, Abnahme 11 763 000. Guthaben des Staatskassas Franks 211 596 000, Zunahme 25 251 000. Gesamt-Vorläufige Franks 297 097 000, Abnahme 1 486 000. Zins- und Discont-Erträge Franks 3 376 000, Zunahme 457 000. Verhältniß des Baarvorraths zum Umlauf 83,81 Prozent.

London, 8. Februar. Bankausweis. Totalreserve Pfd. Sterl. 20 434 000, Zunahme 695 000. Notenumlauf Pfd. Sterl. 24 464 000, Abnahme 274 000. Baarvorrath Pfd. Sterl. 28 447 000, Zunahme 420 000. Portefeuille Pfd. Sterl. 23 419 000, Abnahme 1 836 000. Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 27 338 000, Zunahme 2 121 000. Guthaben des Staates Pfd. Sterl. 7 250 000, Abnahme 976 000. Notenreserve Pfd. Sterl. 18 197 000, Zunahme 670 000. Regierungen-Sicherheiten Pfd. Sterl. 9 030 000, Zunahme 70 000. Procent-Verhältniß der Reserve zu den Passiven 58 1/2 gegen 54 1/2 in der Vorwoche. Clearinghouse-Umlauf 126 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 6 Millionen.

#### Wasserstand.

Stettin, 9. Februar. Im Revier 18 Fuß 2 Zoll = 5,70 Meter.

#### Schiffsnachrichten.

Königsberg i. P., 8. Februar. Der Eisbrecher ging heute früh 6 1/2 Uhr von Pillau ab und trat um 12 Uhr Mittags hier ein.

Hamburg, 8. Februar. Die Hamburger Dampfer „Abel Wörmann“ und „Goederhamm“, beide von Hamburg nach Lagos, sind an der westafrikanischen Küste gestrandet. Die näheren Einzelheiten fehlen noch.

Washington, 8. Februar. Das amerikanische Kriegsschiff „Kearfarge“ ist am 2. Februar beim Kap Hatteras im Atlantischen Ozean gescheitert. Offiziere und Mannschaft sind gerettet.

#### Telegraphische Depeschen.

Prag, 9. Februar. Der Obmann des akademischen jugendlichen Studentenvereins „Slavia“ erhielt den polizeilichen Auftrag, die in den Lokalitäten des Vereins aufgestellte Statue der französischen Republik zu entfernen, da in der Anstellung derselben eine politische Demonstration zu erblicken sei.

Wien, 9. Februar. Der kaiserliche „Magbar Alam“ fordert die Geistlichkeit auf, diejenigen Katholiken, welche an den Versammlungen zu Gunsten der kirchenpolitischen Vorträge theilnehmen, in Mat und Bann zu erklären.

Antwerpen, 9. Februar. Die ungarischen Delegierten unterzeichneten gestern die Kontrakte des 3. Jahres der ungarischen Produktionen und Industrien an der Antwerpener Weltausstellung. Die ungarische Abtheilung soll eine der bemerkenswerthen sein.

Paris, 9. Februar. Wie der „Figaro“ mittheilt, soll ein Offizier ein neues Gewehr verdrückt haben, aus welchem nach verschiedenen Richtungen zu gleicher Zeit zwei Kugeln abgegeben werden können. Das Gewehr soll eine Art Wirtelkugel sein und zum Schnellfeuer verwendet werden können. Das Gewicht von 100 Kugeln soll nur 1200 Gramm betragen.

Das Grab Baillans auf dem Kirchhofe von Vorey wird außerordentlich stark besucht. Blumen, Kränze und Gedächtnisse, in welchen die Angehörigen, sind in großer Anzahl niedergelegt worden. Die Polizei ist verstärkt und läßt die Gedächtnisse vom Grabe entfernen.

Im Park von Meudon fand eine Explosion statt. Sammlische mit Gas gefüllten Kugeln explodierten. Die Explosion wurde drei Kilometer weit vernommen.

Sämtliche Blätter veröffentlichten sympathische Artikel über den gestern in Baden-Baden gestorbenen Dampfer.

Paris, 9. Februar. Aus St. Louis wird telegraphisch, daß eine Kolonne französischer Schutztruppen unweit Timbuktu von Quareggs überfallen worden sei. Einzelheiten fehlen indes noch. Die Regierung hat sofortige Drahtnachrichten eingefordert.

Petersburg, 9. Februar. Das Befinden des Zaren hat sich soweit gebessert, daß derselbe sich im Februhviertel, bereits mit Regierungsverhältnissen befaßt kann.

Warschau, 9. Februar. Zum Inspektor der Kavallerie der Warschauer Militärbezirke ist der Generalleutnant Bobisko ernannt worden. Dem neuen General-Kavallerie-Inspektor wird, wie die Blätter melden, im Falle eines Krieges an der Westgrenze eine besonders wichtige Rolle zufallen, da derselbe offenbar zum Befehlshaber aller in Polen befindlichen Kavalleriecorps anzuweisen ist.

Belgrad, 9. Februar. Wie verlautet, fürbige die Wolga-Rama-Bank das dem Erzherzog Milan gewährte Darlehen und drohte Sequenzation an. Die Fortschrittler und Liberalen treten jetzt offen für den Erzherzog Milan ein. Der liberale Klub veranstaltet zu Ehren Milans eine große Ballfestlichkeit und lud zu demselben den König und Milan ein.

Newyork, 9. Februar. Großes Aufsehen erregt hier die Einrichtung des katholischen Missionsars Casilda, welcher des Hochverrats angeklagt war.